

gen und der Kooperation zwischen den verschiedenen juristischen Organisationen in China. (RMRB, 23. und 24.7.82)

Auf dem Gründungskongreß der Juristischen Gesellschaft Chinas, der am 27. Juli 1982 zu Ende ging, wurde Yang Xiufeng zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Darüber hinaus wurden eine Satzung verabschiedet und der Vorstand der Gesellschaft gewählt. In der Satzung der Gesellschaft wird die Intensivierung der Erforschung des Rechtswesens und der Rechtswissenschaft im Ausland als eine weitere Aufgabe der Gesellschaft benannt. Auf der ersten Vorstandssitzung wurde der stellvertretende Vorsitzende der NVK-Gesetzeskommission, Wu Xinyu, zum Vorsitzenden der Juristischen Gesellschaft Chinas gewählt (RMRB, 28.7.82).

-sch-

### (16)

#### Was ist "geistige Zivilisation des Sozialismus"?

In einem Leitartikel zum 61. Jahrestag der Gründung der KPCh hat die "Volkszeitung" folgende drei Tugenden als den "Kern" der angestrebten "geistigen Zivilisation des Sozialismus" bezeichnet:

1. kommunistische Ideale,
2. Glauben an den Kommunismus und
3. kommunistische Moral.

(RMRB, 1.7.82)

-sch-

### (17)

#### Flugzeugentführung gescheitert

Die Entführung eines chinesischen Linienflugzeugs nach Taiwan am 25. Juli 1982 ist durch das entschlossene Eingreifen von Besatzung und Passagieren vereitelt worden. Fünf mit Messern und Sprengstoff bewaffnete junge Chinesen hatten ein Flugzeug der staatlichen Luftfahrtgesellschaft CAAC auf dem Linienflug Nr. 2505 von Xi'an nach Shanghai in ihre Gewalt gebracht: Kurz vor dem Anflug auf Shanghai waren drei Luftpiraten in die Pilotenkanzel eingedrungen und hatten eine Kursänderung in Richtung Taiwan verlangt. Zwei weitere Entführer bewachten derweil den Eingang zur Pilotenkanzel. Dem Piloten gelang es, die Flugzeugentführer von der Notwendigkeit einer Zwischenlandung in Hongkong zur Treibstoffaufnahme zu überzeugen. Statt dessen ließ er die Maschine jedoch zwei Stunden lang über Shanghai kreisen, um den Treibstoff aufzubauchen. Als die Luftpiraten die Falle bemerkten,

gerieten sie offenbar in Panik und wurden schließlich von der Besatzung und einer Reihe von chinesischen Passagieren überwältigt. Während der Auseinandersetzungen wurden von den Luftpiraten ein Besatzungsmitglied getötet und ein Sprengsatz in der Toilette des Flugzeugs gezündet. Obwohl die Explosion ein Loch in das Flugzeug gerissen haben soll, landete die Maschine sowjetischer Bauart (Iljuschin-18) sicher in Shanghai. An Bord befanden sich 72 Passagiere, darunter 10 Japaner und 19 Amerikaner. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete, daß alle fünf Luftpiraten lebendig den Sicherheitsbehörden übergeben worden seien - amerikanische und japanische Fluggäste gaben jedoch an, daß mindestens zwei der Entführer von Besatzung und Passagieren erschlagen worden seien. (XNA, 26. und 28.7.82; RMRB, 30.7.82; BRu, 10.8.82, S.9; FAZ, 27.7.82; IHT, 27.7.82)

Bei der gescheiterten Flugzeugentführung soll es sich nicht um die erste in der Geschichte der Volksrepublik China gehandelt haben. Über frühere Versuche von Luftpiraterie war jedoch in den offiziellen Medien nicht berichtet worden, weil sie offenbar alle scheiterten und weil es keine ausländischen Augenzeugen gab. Der Hongkonger Zeitschrift Zhengming zufolge vereitelten z.B. Guangzhouer Sicherheitskräfte am 4. Oktober 1981 den Plan von sieben Männern, eine chinesische Verkehrsmaschine auf dem Flug von Guangzhou nach Gueilin in ihre Gewalt zu bringen und ins Ausland zu entführen: Die potentiellen Luftpiraten konnten noch vor Antritt des Fluges, z.T. im Warteraum des Flughafens und z.T. bereits in ihrer Wohnung, festgenommen werden. Bei den sieben Männern handelte es sich zum größten Teil um Söhne von hohen Funktionären. Sie sollen zu Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt worden sein. (Zhengming, Nr.52 (1.2.82), S.7-9, und Nr.53 (1.3.82), S.11-12)

-sch-

### VERTEIDIGUNG

### (18)

#### Verstärkter Austausch von militärischem Personal zwischen Japan und China

Im Verlauf seines ersten offiziellen Besuches beim Leiter des japanischen Verteidigungsamtes (Verteidigungsminister), Ito Soichiro,

hat der chinesische Botschafter in Tokyo, Song Zhinguang, mit seinem Gesprächspartner vereinbart, in Zukunft den Austausch von Angehörigen der Streitkräfte beider Länder stufenweise zu verstärken. In der offiziellen Mitteilung über das einstündige Gespräch wird der Ausdruck "militärisches Personal" vermieden, statt dessen heißt es "Verantwortliche militärischer Stellen" (gunji tokyoku doshi). Damit sollte offenbar unterstrichen werden, was der japanische Verteidigungsminister gegenüber dem chinesischen Botschafter betonte: 1. Es kann keine militärische Zusammenarbeit zwischen China und Japan geben, 2. durch Austausch von militärischem Personal sollen aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auch in diesem Bereich gestärkt werden. Der chinesische Botschafter wies darauf hin, daß der frühere japanische Ministerpräsident Ohira 1979 anlässlich seines Besuches in China bereits auf die Unmöglichkeit militärischer Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern verwiesen habe und die chinesische Seite das auch akzeptiert habe; andererseits aber habe Ohira auch beklagt, daß in allen möglichen Bereichen der Austausch von Verantwortlichen reibungslos ablaufe, und deshalb gefordert, auch im militärischen Bereich diesen Austausch zu erweitern (Asahi Shimbun, 29.7.82 und Kyodo, engl., 28.7.82/SWB, 30.7.82)

-po-

### WISSENSCHAFT\* AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

### (19)

#### Neuer Erziehungsminister fordert Umstrukturierung der Hochschulbildung

In einem Interview mit Xinhua forderte der seit zwei Monaten amtierende neue Erziehungsminister He Dongchang eine Umstrukturierung der Hochschulen und sprach sich gleichzeitig für eine diversifizierte Entwicklung des Hochschulwesens aus. In Anbetracht der unterentwickelten Wirtschaft, so gab der ehemalige Dekan und Vizepräsident der Qinghua-Universität zu verstehen, könne und brauche China nicht aus allen Hochschulen reguläre Universitäten mit Studiengängen von 4-5 Jahren zu machen, geschweige denn Institutionen aus dem Westen kopieren. Der Bedarf an unterschiedlichen Fachrichtungen erfordere auch unterschiedliche Studiengänge; gegenwärtig z.B. seien mehr zweijährige Hoch-

schulen erforderlich. Er befürwortete den Ausbau nichtregulärer Hochschulen, wie etwa Rundfunk-, Fernseh- und Fernkurse oder Abendhochschulen für Erwachsenenbildung und Arbeiteruniversitäten. Allerdings dürfe auch hier nicht auf ein strenges Prüfungssystem mit einheitlichen Anforderungen verzichtet werden. Wichtig sei vor allem auch der Ausbau von Berufsschulen und technischen Ausbildungsstätten. Zur Überwindung des Ungleichgewichts im Hochschulwesen soll im Erziehungsministerium eine Planungsabteilung eingerichtet werden, die den Bedarf der Gesellschaft an Fachkräften voraussagen und Vorschläge für entsprechende Umstrukturierungen unterbreiten soll.

Der Minister schlug ferner vor, daß land- und forstwirtschaftliche, medizinische und pädagogische Hochschulen mehr Studenten aus ländlichen Gebieten mit geringerer Qualifikation aufnehmen, weil diese Studenten eher als solche aus den Städten geneigt seien, nach dem Studium wieder aufs Land zurückzugehen. Außerdem forderte er einen höheren Anteil für das Bildungswesen im Staatshaushalt. Der Minister sprach sich schließlich dafür aus, weiter von den Erfahrungen anderer Länder, insbesondere der Dritten Welt, zu lernen. Trotzdem müsse China aber seinen eigenen Weg gehen und sein Bildungssystem entsprechend den chinesischen Verhältnissen entwickeln (XNA, 15.7.82).

Die Ausführungen des Ministers machen deutlich, daß sich das Schwergewicht im Hochschulwesen abermals verlagert. Hatte man in den ersten Jahren nach Maos Tod angesichts des akuten Fachkräftemangels eine Vereinheitlichung des Hochschulwesens auf die regulären Hochschulen mit hohen Qualitätsanforderungen hin angestrebt, und zwar unter Diskreditierung nichtregulärer Hochschulen, so scheinen aufgrund ihrer Ergänzungsfunktion die nichtregulären Hochschulen jetzt wieder stärker ins Blickfeld zu rücken.

Die Rundfunk- und Fernsehuniversitäten, von denen soeben der erste Jahrgang sein Studium beendet hat, stellen 30% aller diesjährigen Hochschulabsolventen. Während bisher an ihnen nur naturwissenschaftliche und technische Fächer belegt werden konnten, sollen ab Herbst erstmalig auch geisteswissenschaftliche Kurse angeboten werden. Seit 1979 sind an der Zentralen Rundfunk- und Fernsehuniversität über 800.000 Studenten immatrikuliert

(XNA, 9.7.82). Auf Provinzebene werden vor allem die Arbeiteruniversitäten wieder aufgewertet. In Gansu z.B. wurden kürzlich neun Arbeiteruniversitäten offiziell anerkannt (Radio Lanzhou, 28.6.82, nach SWB, 2.7.82), in Jilin wurde zusätzlich zu den 16 bestehenden Arbeiteruniversitäten der Bau von drei neuen gebilligt (Radio Changchun, 26.5.82, nach SWB, 5.6.82). Den Status einer Arbeiteruniversität erhalten allerdings nur solche Institutionen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

## (20)

### Hochschulabsolventen müssen verstärkt Stellen auf dem Lande annehmen

Der Staatsrat hat kürzlich einen von der Staatlichen Planungskommission, dem Erziehungsministerium und dem Arbeits- und Personalministerium unterbreiteten Bericht über die Arbeitsplatzzuteilung der Postgraduierten und Hochschulabsolventen des Jahres 1982 gebilligt. In dem Bericht werden neue Bestimmungen für die Zuteilung von Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen aufgestellt. Im einzelnen handelt es sich um folgende Regelungen (nach GMRB, 25.6.82):

1. Alle Behörden und Provinzeinheiten sind angewiesen, die Arbeitsplatzzuteilung für die diesjährigen Hochschulabsolventen entsprechend den konkreten Bedingungen in ihrem Gebiet vorzunehmen. Von den drei Bereichen Schulwesen, Wissenschaft und Produktion, in denen die Hochschulabsolventen eingesetzt werden können, soll die Produktion an erster Stelle stehen. Hier sollen sie insbesondere in der Landwirtschaft sowie in der Leicht- und Textilindustrie eingesetzt werden, weil auf diesen Gebieten ein besonderer Mangel an Fachleuten herrscht. Der Tendenz, die Wissenschaft hochzuschätzen und die Produktion gering zu achten, soll entgegengewirkt werden.

2. Die Hochschulabsolventen sollen verstärkt als Fachleute auf dem Lande, d.h. zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion und des ländlichen Aufbaus, eingesetzt werden. Graduierte mit den Spezialgebieten Agronomie, Forstwirtschaft, Medizin und Pädagogik sollen vor allem auf Kreisebene oder unterhalb der Kreisebene eingesetzt werden, um das wissenschaftliche und technische sowie kulturelle und gesundheitliche Niveau auf dem Lande zu entwickeln.

3. Bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen sollen besonders die Grenz- und Minderheitegebiete berücksichtigt werden, um diese rückständigen Gebiete zu unterstützen. Alle, die ursprünglich aus solchen Gebieten kommen, sollen nach dem Studium wieder dorthin zurückkehren. Alle, die freiwillig in Grenz- oder Minderheitegebiete gehen wollen, sollen nicht durch irgendwelche Planungen gehindert werden. Darüber hinaus sollen auch andere Hochschulabsolventen ermuntert werden, in diese Gebiete zu gehen.

4. Um den Aufbau Tibets zu unterstützen, aber in Anbetracht der besonderen (d.h. schwierigen) Lage in Tibet, gilt für dieses autonome Gebiet eine Sonderregelung: Von diesem Jahr an können diejenigen Graduierten, die mindestens acht Jahre hintereinander in Tibet gearbeitet haben, die Versetzung ins Landesinnere beantragen. Das gleiche gilt für alle, die seit 1980 in Tibet tätig sind.

5. Eine bestimmte Anzahl von Hochschulabgängern soll Arbeit in kollektiven Einheiten annehmen. Das Gehalt soll aber dem von staatlichen Kadern entsprechen (Einheiten mit Kollektivbesitz gibt es in erster Linie auf dem Lande). Je nach Bedarf können sie sich später auch an staatliche Stellen versetzen lassen.

Die Aufrufe, aufs Land und in die unterentwickelten Gebiete zu gehen, so u.a. von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin vor 17.000 Hochschulabsolventen in Beijing (XNA, 6.7.82), verfehlen ihre Wirkung nicht: Das Erziehungsministerium soll bereits Hunderte von Bewerbungen für ländliche Gebiete erhalten haben, und die Zeitungen sind voll von Beteuerungen idealistischer junger Menschen, die dem Vaterland auf diese Weise dienen wollen (XNA, 17.7.82).

Laut "China Daily" (16.7.82) soll in diesem Jahr nur etwa ein Fünftel der 310.000 Hochschulabsolventen von der Zentrale unterstellten Organisationen eingestellt werden. Gleichzeitig sollen Anstrengungen unternommen werden, Versuche zu verhindern, durch die "Hintertür" eine privilegierte Stellung bei zentralen Organisationen zu erhalten (nach SWB, 21.7.82).

Das Ziel dieser Politik ist klar: Die unterentwickelten Gebiete sollen wissenschaftlich, technisch und kulturell gefördert werden, und da freiwillig kein Hochschulabsolvent in diese rückständigen

Gebiete geht, wird Druck von oben ausgeübt. Seit den kulturellen revolutionären Tagen sind die Methoden, Druck auszuüben, subtiler geworden, man wahrt den Anschein, daß alles freiwillig ist, aber der einzelne wird sich dem Druck kaum entziehen können. Ein Trost ist lediglich, daß es in bestimmten Fällen möglich ist, sich versetzen zu lassen.

-st-

### (21) Hochschulaufnahmeprüfungen

An den diesjährigen Hochschul Aufnahmeprüfungen, die vom 7.-9. Juli 1982 einheitlich landesweit in China durchgeführt wurden, haben sich 1,86 Mio. Bewerber beteiligt. Von diesen werden 16,1% zum Hochschulstudium zugelassen. Damit ist die Chance, einen Studienplatz zu erlangen, günstiger als im vergangenen Jahr. Voriges Jahr hatten sich 2,58 Mio. beworben, von denen nur 10,93% Zugang zu den Hochschulen fanden. Die Zahl der Bewerber ist zurückgegangen, weil in 15 Provinzen und 2 autonomen Gebieten bereits Vorprüfungen stattgefunden haben. Von den diesjährigen Bewerbern haben sich 70% für Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Agronomie und Medizin, die restlichen 30% für Geisteswissenschaften beworben (RMRB, 11.7.82; XNA, 12.7.82).

-st-

### (22) Zum erstenmal akademische Titelverleihung

Zum erstenmal sind jetzt in der VR China akademische Titel verliehen worden. Kürzlich erhielt die erste Gruppe von Absolventen eines Postgraduiertenstudiums den Magistertitel verliehen. Es handelt sich um 8.562 Studenten, von denen gut 80% an Universitäten, der Rest an Forschungsinstituten studiert hat. Sie sind unter insgesamt 11.000 Postgraduierten ausgewählt worden, nachdem sie eine schriftliche Arbeit angefertigt und sich einer mündlichen Prüfung unterzogen hatten. Über die Verleihung des Titels wurde von einem Gutachtergremium aufgrund der Prüfungsergebnisse in geheimer Wahl entschieden. Die Prozedur soll recht zeitaufwendig gewesen sein, weil man erst habe Erfahrungen sammeln müssen (XNA, 29.6.82). Auch der Bachelor-Titel soll in Kürze vergeben werden, und zwar an die meisten der 160.000 Hochschulstudenten, die nach einem vierjährigen Studium im vergangenen Jahr oder dieses Frühjahr fertig geworden

sind. Die ersten neun Doktorgrade wurden ebenfalls vor kurzem verliehen (XNA, 29.6.82).

Die Fachrichtungen der frischgebackenen Magister setzen sich wie folgt zusammen: Philosophie, Wirtschafts-, Rechts-, Erziehungs-, Literatur- und Geschichtswissenschaft: 13%; Physik: 28%; Ingenieurwissenschaft: über 45%; Agronomie: 2,3%; Medizin: über 11% (RMRB, 4.7.82).

Die Bestimmungen über akademische Titel waren am 1. Januar 1981 in Kraft getreten, nachdem im Februar 1980 die Entscheidung getroffen worden war, akademische Grade wieder einzuführen (s. C.a. 1982/2, Ü 23).

Ausländische Studenten können ebenfalls einen akademischen Grad erwerben: Gut 130 von ihnen wurde jetzt der Titel eines "Bachelor of arts" verliehen (GMRB, 9.7.82).

-st-

### (23) Stärkere Hochachtung für Lehrer gefordert

Der Fall von drei jungen Lehrerinnen, die in einem Vorstadtkreis von Beijing auf dem Weg zum Kino beschimpft und geschlagen worden sind, hat großes Aufsehen erregt (GMRB, 24., 25., 27., 28.6. und 4.7.82). Als Reaktion auf diesen Fall wird eine stärkere Hochachtung für die Lehrer propagiert. Die Presse verurteilt den Vorfall als verabscheuungswürdig und fordert angesichts dieser Verrohung der Sitten, daß den Lehrern wieder die gleiche ehrwürdige Stellung zukomme wie früher. Unter Hinweis auf die gute Tradition, die Lehrer zu verehren und zu achten, wird die gegenwärtige Tendenz, die Lehrer zu diskriminieren und respektlos zu behandeln, auf den noch nicht ausgemerzten "linken" Einfluß der Kulturrevolutionäre zurückgeführt. Es gelte daher, so heißt es, die "linken" Tendenzen ausmerzen und die Politik der Partei gegenüber den Intellektuellen und den Lehrern durchzusetzen (GMRB, 27.6.82, und 16.7.82).

-st-

### (24) Größere Aufmerksamkeit für Probleme der Intellektuellen

Die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes nimmt sich zur Zeit verstärkt der Probleme der Intellektuellen im Lande an. Um die Probleme der Intellektuellen zu untersuchen, hat sie im Mai/Juni 1982 eine In-

spektionsgruppe in mehrere Provinzen geschickt. Mitte Juli wurde über die Erfahrungen vor dem nationalen Komitee der Politischen Konsultativkonferenz berichtet. Man habe generell den Eindruck gewonnen, so hieß es, daß die Politik gegenüber den Intellektuellen seit dem 3. Plenum des 11. ZK Schritt für Schritt durchgeführt worden sei. Dies gelte insbesondere für die älteren Intellektuellen, deren Probleme relativ gut gelöst worden seien. Hingegen seien die Arbeits- und Lebensbedingungen der Intellektuellen mittleren Alters immer noch schlecht. Hier gebe es hauptsächlich vier Probleme zu verzeichnen: 1. Zu niedriger Arbeitslohn: Das Gros der Intellektuellen in den Vierzigern und Fünfzigern verdiene nur zwischen 60 und 70 Yuan, was weniger sei als das, was anderen Stadtbewohnern zur Verfügung stünde. 2. Schlechte Wohnverhältnisse: Die meisten Intellektuellen mittleren Alters an Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in Shanghai, Nanjing oder Hangzhou lebten sehr beengt. Häufig müßten Ehemann, Ehefrau und Kinder sich einen Tisch für ihre Arbeit teilen, so daß viele Männer ihre Unterrichtsstunden erst vorbereiten könnten, wenn die Frau und die Kinder schlafen gegangen seien. Andere arbeiteten bis spät in die Nacht hinein im Büro, dies alles wirke sich auf ihre Gesundheit aus. 3. Schlechter Gesundheitszustand. 4. Mangelnde Gelegenheit, sich weiterzubilden.

In Shanghai, so hieß es weiter, arbeiten gegenwärtig 350.000 Intellektuelle, davon seien 230.000 oder 70% Intellektuelle mittleren Alters. In anderen Städten und Provinzen sei das Verhältnis ähnlich. Da sie das Hauptkontingent in Wissenschaft und Technik stellten und die Hauptstütze in Lehre und Forschung darstellten, müsse man ihnen helfen und die bestehenden Probleme beseitigen (RMRB, GMRB, 14.7.82).

In einem Leitartikel der Guangming-Zeitung wird die Zahl der Intellektuellen mittleren Alters, d.h. im Alter zwischen 36 und 55 Jahren, in ganz China auf 5.770.000 geschätzt. Diese Intellektuellen seien das höchste Gut für einen Industriestaat. Ein Grund dafür, daß sich Japan und Westdeutschland nach dem Kriege wirtschaftlich so schnell erholten hätten, sei, daß man dort die Intellektuellen geschützt habe und ihre Funktion voll zur Entfaltung gebracht habe. Dies müsse auch hinsichtlich der chinesischen Intellektuellen geschehen, wenn man

bei den Vier Modernisierungen Erfolg haben wolle (GMRB, 15.7.82).

Auf Weisung der Parteizentrale sollen jetzt die Parteikomitees auf allen Verwaltungsebenen die Verhältnisse der Intellektuellen untersuchen (RMRB, 26.7.82). Mehrere Provinzen haben bereits Foren veranstaltet, auf denen die Probleme der Intellektuellen diskutiert wurden (z.B. Guangdong - Radio Guangzhou, 28.6.82, nach SWB, 2.7.82; Jiangsu - Radio Nanjing, 23.6.82, nach SWB, 29.6.82; Tibet - Radio Lhasa, 2.7.82, nach SWB 7.7.82; Jilin, Lanzhou - RMRB, 25.7.82; Anhui - RMRB, 29.7.82). Es gilt vor allem, alte Vorurteile von seiten der Linken abzubauen. Immer wieder wird betont, die Intellektuellen gehörten auch zu den Werktätigen. Als eine Maßnahme, die dies ins Bewußtsein rücken soll, muß die Verleihung des Titels "Held der Arbeit" an 94 Wissenschaftler in der Provinz Hunan gewertet werden (XNA, 8.7.82).

-st-

**(25)****Religionsfreiheit**

Auf einer Sitzung des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes begrüßten die Führer der einzelnen Religionsgemeinschaften die im neuen Verfassungsentwurf vom 21.4.82 garantierte Religionsfreiheit. Der Wortlaut des entsprechenden Artikels (Art.35) lautet folgendermaßen (nach BRU vom 11.5.82):

"Die Bürger der Volksrepublik China genießen Glaubensfreiheit. Keine staatlichen Organe, keine öffentlichen Organisationen oder Einzelpersonen dürfen Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger diskriminieren, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen.

Der Staat schützt legitime religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, konterrevolutionäre Tätigkeiten auszuführen oder aber Tätigkeiten, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen.

Religiöse Angelegenheiten dürfen von keinem anderen Land aus kontrolliert werden."

Die Vertreter aller Religionen, d.h. der Buddhistischen Gesellschaft, der Patriotischen Katholischen Gesellschaft, des Christlichen Rates (Protestanten) und

der Islamischen Gesellschaft, hießen den Artikel gut und empfanden ihn als Fortschritt gegenüber früheren Verfassungen. Der stellvertretende Vorsitzende des Christlichen Rates betonte, daß es gegenwärtig in China nur etwa 20 Millionen Gläubige gebe (eine Zahl, die sicher weit untertrieben ist), daß der Verfassungsentwurf aber dennoch vorsehe, daß diese Minderheit nicht unterdrückt und nicht diskriminiert werde, sondern die gleiche Behandlung wie die übrige Bevölkerung genieße. Bischof Yang hob hervor, daß mit Unterstützung der Regierungen aller Ebenen in den letzten Jahren über 200 Kirchen hätten wiedereröffnet werden können und daß in den meisten von ihnen ein regelmäßiges religiöses Leben stattfände. Auch der Vertreter der Buddhistischen Gesellschaft meinte, daß sich der Buddhismus in letzter Zeit günstig entwickelt habe (RMRB, 3.7.82; siehe auch GMRB, 2.7.82).

Trotz dieser optimistischen Äußerungen muß man sehen, daß die religiösen Gemeinden in China kaum Entfaltungsmöglichkeiten haben, weil sie der Parteikontrolle unterstehen. Wenn der Vertreter der Buddhistischen Gesellschaft sagt: "Wir lieben die Religion, aber noch mehr lieben wir das Vaterland", so wird deutlich, wo die Priorität zu liegen hat. Allein der Ausdruck "legitime religiöse Tätigkeiten" gibt Handhabe für weitreichende Eingriffsmöglichkeiten, denn nicht legitim ist schon alles, was gegen die vier grundlegenden Prinzipien verstößt.

-st-

**AUSSENWIRTSCHAFT****(26)****Chinesische Exporte stiegen an**

Wie das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel mitteilte, betrug der gesamte Wert der Exporte (unter Verwaltung dieses Ministeriums) in der ersten Hälfte dieses Jahres 10,2 Mrd. US\$ oder 10,2% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Ölexporte stiegen um 15% und die Maschinen- und Ausrüstungsexporte um 19%.

Der Importwert sank hingegen: Mit 7,8 Mrd. US\$ trat ein Rückgang um 19,7% ein. Besonders hohe Rückgänge waren bei kompletten Anlagen und Ausrüstungen (43%) sowie Walzstahl, Kupfer und anderen Metallen (23%) zu verzeichnen (XNA, 17.7.82).

-lou-

**(27)****Chinesische Entscheidungen tangieren internationale Rohstoffmärkte**

Nach einem am 27.7.1982 von der britischen Organisation Landell Mills Commodities Studies veröffentlichten Bericht soll das chinesische Importverhalten den internationalen Kautschukmarkt beeinträchtigt haben. Die Rückgänge der chinesischen Importe im Jahre 1981 waren größer als die Importreduzierungen der restlichen Käufer. Selbst die Mengen, die die Internationale Kautschuk-Organisation (INRO) aus dem Markt genommen hatten, um die Preise zu stabilisieren, konnten den Preisverfall des Gummis nicht verhindern. Landell Mills schreibt die chinesische Politik einem Planungsirrtum zu. Aufgrund einer falschen Preissetzung seien zu viel Reifen produziert worden; allein im Jahre 1980 betrug der Output mehr als 27% als das Planziel (Financial Times, 28.7.82).

Zwar fiel der Kupferpreis an der Londoner Metallbörse gegen Ende Juli 1982, doch wird mit einem Anstieg der Preise gerechnet, falls die Chinesen die in den letzten Wochen abgeschlossenen beträchtlichen Kupferverträge abrufen (Financial Times, 30.7.82).

-lou-

**(28)****Auslandskredite für China**

Der Kuwait-Fonds für die arabisches Wirtschaftsentwicklung wird der Volksrepublik einen Kredit in Höhe von umgerechnet ca. 50 Mio. US\$ gewähren. Das Geld ist für die Finanzierung der Ningguo-Zementfabrik in der Provinz Anhui bestimmt. Diese Fabrik ist auf eine Kapazität von 1,5 Mio. Jahrestonnen Zement ausgelegt und wird eine der größten Zementfabriken des Landes sein. Es handelt sich um den ersten Kredit des Kuwait-Fonds an China. Im übrigen wird Kuwait China die Meistbegünstigung gewähren (XNA, 7.7.82).

Nach Angaben japanischer Regierungskreise hat die Volksrepublik für das Fiskaljahr 1982 das Begehren für Kredite in Höhe von 91,2 Mrd. Yen (ca. 357 Mio. US\$) gestellt. Beijing möchte die niedrig zu verzinsenden Kredite für sechs Entwicklungsprojekte einsetzen, darunter vorrangig das Baoshan-Stahlwerk bei Shanghai und einen Petrochemiekomplex im Bereich des Ölfeldes von Daqing. Die restlichen vier Projekte stehen im Zusammenhang mit der Kohleförderung; ausgebaut werden